

Horst Becker

Notizen zur Stimmungslage der Nation

Horst Becker, geb. 1941 in Kassel, Studium von Soziologie, Kommunikationswissenschaften und Neuerer Geschichte in München und Berlin, war Projektierer und Geschäftsführer bei Infratest, sozialwissenschaftlicher Berater von öffentlichen Verwaltungen, Unternehmen, Gewerkschaften und Parteien und ist seit 1990 Geschäftsführer von „polis Gesellschaft für Politik- und Sozialforschung“, München/Bonn.

Diese „Notizen“ fassen in gedrängter Form Eindrücke zusammen, die „polis Gesellschaft für Politik- und Sozialforschung“ im Jahr 1997 bei ihren kontinuierlichen empirischen Forschungsarbeiten gesammelt hat. Im wesentlichen beziehe ich mich auf zwei repräsentative Bevölkerungsbefragungen:

- Eine Untersuchung im Dezember 1996/Januar 1997 mit 2.040 Interviews in Westdeutschland und 1.400 Interviews in den ostdeutschen Bundesländern;
- eine weitere Studie im August/September 1997 mit 1.670 Interviews in den westdeutschen und 1.000 Interviews in den ostdeutschen Ländern.

Die Befragung erfolgte in Form von persönlich-mündlichen Interviews.

Viele quantitative Befunde werden erst dann interpretierbar, wenn sie mit qualitativer Forschung vertieft werden. In die „Notizen“ fließen deshalb auch Erkenntnisse aus Gruppendiskussionen ein, die wir mit verschiedenen Bevölkerungsgruppen geführt haben.

Dramatische Lagebeschreibungen

Wenn die Bürgerinnen und Bürger heute die wirtschaftliche und soziale Entwicklung in Deutschland beschreiben, dann malen sie ein düsteres Bild:

- Fast alle - auch die Mehrheit der gut Situierten - sprechen von einer sich verschärfenden sozialen Schieflage: Die Kluft zwischen arm und reich wird immer größer. Die „kleinen Leute zahlen die Zeche“.
- Die meisten (rund zwei Drittel) stellen die Frage, wie lange „der Staat“ seinen Aufgaben noch nachkommen kann, denn - so der Eindruck - die Kosten sind erschlagend: Die Schuldenlast ist erdrückend. Zentrale Bereiche der sozialen Sicherung sind gefährdet, dem Rentensystem droht der Kollaps. Es fließen zu hohe Subventionsgelder. Die Zahlungen an die EU und weitere internationale Verpflichtungen sind zu hoch.
- Es verstärkt sich bei den meisten rapide der Eindruck, daß der sozialen Marktwirtschaft die soziale Komponente abhanden kommt: Banken und Konzerne sind übermächtig. Die großen Unternehmen entziehen sich mit Massenentlassungen und Produktionsverlagerungen ins Ausland der sozialen Verantwortung, während die kleinen und mittleren Betriebe Kraftanstrengungen unternehmen, um den Strukturwandel zu bewältigen. „Die Politik“ steht der wirtschaftlichen Entwicklung ohnmächtig gegenüber.
- Die ökonomischen Bedrohungsgefühle haben zugenommen und auch viele erfaßt, die sich bisher sicher fühlten: Mehr als die Hälfte der Deutschen macht sich Sorgen um die eigene materielle Zukunft und um die ihrer Familie.

In allen Umfragen wird die Arbeitslosigkeit spontan als die drängendste politische Aufgabe genannt - und das ist von den meisten auch sehr ernst gemeint; das gilt besonders für die (noch) Beschäftigten in Ostdeutschland:

- Im August/September 1997 erklärten 37 Prozent der Berufstätigen in den westdeutschen Ländern, sie machten sich Sorgen um ihren Arbeitsplatz; in den ostdeutschen Ländern waren es 57 Prozent.
- Die Forschungsgruppe Wahlen ermittelte im Januar 1998, daß 50 Prozent der Berufstätigen von ihnen „nahestehenden Menschen“ berichten, deren Arbeitsplatz bedroht ist.

Die Arbeitslosigkeit ist also für die meisten kein fernes, sondern ein unmittelbar erfahrenes Problem.

Hinzu kommt noch die Sorge um die eigene Gesundheit und die Finanzierbarkeit von Krankheit. Diese Sorge hat also zwei Perspektiven: Angesichts des wachsenden Problemdrucks kann man es sich nicht leisten „schwach zu werden“ und im Krankheitsfall befürchtet man eine finanzielle Belastung durch Selbstbeteiligung und Zuzahlungen. Auch bei diesem Thema ist die unmittelbare oder mittelbare Betroffenheit stark verbreitet: Als polis im September 1997 die Frage stellte, über welche politischen Entwicklungen sich die Gesprächspartner in letzter Zeit am meisten geärgert haben, wurden an vorderster Stelle genannt: die „Sparmaßnahmen im Gesundheitswesen (47 Prozent der Westdeutschen und 59 Prozent der Ostdeutschen haben sich darüber „geärgert“) sowie die „stärkere Beteiligung der Patienten an den Krankheitskosten“.

Eine ähnlich düstere Lagebeschreibung durch die Bevölkerung haben wir in unserer langjährigen Forschungstätigkeit noch nicht vorgefunden. Selten zuvor wurde die Bevölkerung allerdings auch einer vergleichbar massiven negativen Nachrichtenlage ausgesetzt. Dies gilt insbesondere für die Debatte über den Wirtschaftsstandort Deutschland:

- Deutschland ist im globalen Wettbewerb zu teuer; die Lohnnebenkosten sind zu hoch.
- Das führt zu Abwanderungen von Unternehmen und Produktion.
- Das Kapital wandert ab.
- Die „Politik“ hat die Entwicklung nicht mehr im Griff.

Nachdem man diese Negativbotschaften gehört und verarbeitet hat, kommen die Kontrastnachrichten, die man mit diesen gelernten Botschaften nicht mehr in Einklang bringen kann: Große Unternehmen und Banken nennen Rekordumsätze und -gewinne. Es fließen Milliardenkredite und -Subventionen. Europäische Staaten sind besorgt, daß Deutschland in der EU zu stark wird.

Stimmung in Ostdeutschland: Abgehängt

Die geschilderte Stimmung ist - es wurde schon angedeutet - in Ostdeutschland noch deutlich zugespitzt zu beobachten. Sowohl die wirtschaftliche Zukunft Deutschlands als auch die persönliche Zukunft wird unverändert pessimistisch eingeschätzt: Macht sich im Westen etwa die Hälfte der Menschen spürbare Sorgen um die persönliche finanzielle Zukunft, so sind dies im Osten nahezu zwei Drittel.

Entsprechend glaubt in den neuen Bundesländern kaum jemand an einen Aufschwung in den nächsten zwölf Monaten, im Westen hält dies immerhin jeder Fünfte für möglich.

Insgesamt gibt es einen hohen Problemdruck im Osten, und zwar über alle Themen hinweg. Besonders problematisch sind hier die Arbeitslosigkeit, die

fehlenden Ausbildungsplätze für Jugendliche sowie Kürzungen von Sozialleistungen bzw. von ABM-Stellen.

Das heikelste Thema in Ostdeutschland ist die innere Sicherheit. Hier zeigt sich eine enorme persönliche Problembetroffenheit, und zwar in allen denkbaren Kriminalitätsbereichen.

Verarbeitung der schlechten Nachrichten: Wut/Enttäuschung oder Warten auf Hoffnung und Perspektive

In unseren Untersuchungen gewinnen wir den Eindruck, daß bei vielen die Kapazität für die Problemverarbeitung erschöpft ist, die meisten sind der negativ eingefärbten Standortdebatte überdrüssig. Sehr viele fühlen sich von dieser Debatte auch überfordert, weil sie in (ökonomischen) Dimensionen geführt wird, die keinen Spielraum für ein erfolgversprechendes eigenes Handeln läßt.

Die einen reagieren darauf ohnmächtig und wütend, die anderen warten auf Hoffnung und Perspektive und werden diejenigen freudig begrüßen, die ihr Selbstbewußtsein stärken und ihnen eine Perspektive geben.

Und schließlich gibt es eine (materiell gut gestellte) Minderheit, die die Entwicklung als Chance zum grundlegenden Umbau sieht, aus dem der Wirtschaftsstandort Deutschland gestärkt hervorgehen wird, wenn der Umbau konsequent erfolgt. Diese Haltung beobachten wir übrigens vermehrt in Teilen der jüngeren Generation, aber auch bei hochqualifizierten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern.

Wie stark die meisten von den Debatten über Wirtschaftsstandort und Sozialstaat beeindruckt - und vielleicht auch eingeschüchtert - sind, zeigen die Ansichten zur Zukunft des Sozialstaates, die polis im Herbst 1997 ermittelt hat: Nur 20 Prozent der Bevölkerung in Westdeutschland und 31 Prozent in Ostdeutschland vertreten die Auffassung, daß der Sozialstaat auf seinem heutigen Stand erhalten werden muß und kann. Eine deutliche Mehrheit (68 Prozent in den alten und 62 Prozent in den neuen Ländern) hält einen Umbau des Sozialstaates für notwendig, „damit seine Leistungen auch in Zukunft bezahlbar sind“. Aber die Zustimmung wird mit einer Bedingung verknüpft: Der Umbau muß „fair und gerecht“ gestaltet werden.

Zugespißt ausgedrückt: Die Debatten der letzter Jahre haben das Selbstbewußtsein und den Optimismus vieler beschädigt. Das zeigt sich zum Beispiel in den Antworten auf die Frage, zu welchen „Opfern“ man bereit wäre, wenn dadurch die Sicherheit des eigenen Arbeitsplatzes garantiert würde. Innerhalb der letzten zwölf Monate beobachten wir dabei eine Aufweichung von Tabus der tarif- und sozialpolitischen Debatte, die in früheren Zeiten undenkbar gewesen wäre: von Lohn- und Gehaltseinfrierungen über Arbeitszeitverkürzungen ohne Lohnausgleich bis zur Samstagarbeit. Dies gilt - zumindest in Westdeutschland - ausdrücklich nicht für die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall.

Diese Beobachtungen werden durch eine Emnid-Umfrage vom Januar 1998 bestätigt, die am 12. Februar 1998 in der „Wirtschaftswoche“ veröffentlicht wurde. Die Autoren registrieren einen „breiten Konsens zugunsten gemäßigt wirtschaftsliberaler Reformen, der von den Unternehmern bis zu den Beziehern geringer Einkommen reicht“ (S. 16): „Keine bedeutenden Lohnzuwächse“, Senkung der Lohnnebenkosten, „weniger Sozialstaat, mehr Eigenverantwortung“ sind Forderungen, die dieser Umfrage zufolge von mindestens zwei Dritteln der Bevölkerung akzeptiert werden.

Sorge um den Zusammenhalt in der Gesellschaft

Die Debatten um den Standort Deutschland und den Umbau des Sozialstaates werden bisher vor allem unter ökonomischen Vorzeichen geführt. In der Bevölkerung wird aber bereits die besorgte Frage gestellt, mit welcher Gesellschaft wir es in Zukunft zu tun haben werden, und an welchen Zielen das Zusammenleben ausgerichtet sein wird: Haben die Prinzipien der Solidarität und sozialen Gerechtigkeit noch Gültigkeit oder geht „das Soziale verloren“?

Deutlich mehr Menschen als vor einem Jahr wünschen sich eine solidarische Gesellschaft, im Osten sagen das mittlerweile zwei Drittel.

Weil der Zusammenhalt in der Gesellschaft nachläßt, sucht man (und organisiert man) ihn im eigenen Umfeld: in der Familie und in der Nachbarschaft.

Die Frage des Zusammenlebens und der Zusammenarbeit bietet auch für die Gewerkschaften Chancen für eine wertorientierte Gegendebatte zur rein ökonomischen Sicht der Dinge.

In diesem Zusammenhang sind die Antworten zu den „Voraussetzungen einer zukunftsfähigen Gesellschaft“ bemerkenswert, die das Institut für Demoskopie, Allensbach, im Oktober/November 1997 in Erfahrung brachte (IfD-Umfrage 6050): Es erachteten vor allem als „wichtig, damit unsere Gesellschaft bestehen kann“: soziale Gerechtigkeit (77 Prozent), Leistungsbereitschaft (75 Prozent), Verantwortungsgefühl (71 Prozent), gutes Klima zwischen den Generationen (70 Prozent), gutes Klima zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern (69 Prozent), guter Zusammenhalt, Solidarität zwischen den Menschen (66 Prozent), niedrige Steuern (62 Prozent), hervorragendes Bildungssystem (60 Prozent).

Erwartungen an die Gewerkschaften

In der geschilderten „Stimmungslage“ werden - insbesondere in Ostdeutschland - die Gewerkschaften nicht als erfolgreiche „Gegenmacht“ zu Arbeitsplatz- und Sozialabbau wahrgenommen. Die Globalisierungs- und Standortdebatten wurden mehr von der „Gegenseite“ geprägt. Dies soll sich nun mit der Kampagne für Arbeit und soziale Gerechtigkeit ändern.

Dabei wird den Gewerkschaften eine schwierige Gratwanderung abverlangt: Sie müssen einerseits „Partner des Protestes und der Enttäuschung“ sein und vorhandene Ohnmachtsgefühle auflösen. Und sie müssen anderer-

seits die innovative Kraft bei der Entwicklung von Zukunftskonzepten sein, die ohne vernünftige Partner die Durchsetzung dieser Konzepte nicht erreichen kann.

Wunsch nach dem politischen Wechsel

Auch dieses Datum gehört zur „Stimmungslage der Nation“: Alle Umfrageinstitute berichten zu Beginn des Jahres 1998, daß zwei Drittel der Wahlberechtigten einen Regierungswechsel in Bonn für notwendig halten. Gleichzeitig erwarteten aber 50 Prozent, daß es bei der Bundestagswahl nicht zu einem Wechsel kommt. Das scheint sich zu ändern: Die Forschungsgruppe Wahlen meldete am 13. Februar 1998 in ihrem „ZDF-Politbarometer“, daß nun 48 Prozent mit einem Wahlsieg der Oppositionsparteien rechnen, nur 37 Prozent mit einem Erfolg von CDU/CSU und FDP.